



Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

2. Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:06 Uhr bis 12:58 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Vorgezogener Kohleausstieg 2030 und die Bekanntmachung der Landesregierung vom 4. Oktober 2022“ als TOP 3 aufzunehmen.	
1 BMWK-Sonderanalysen Winter 2022/2022	6
– Gespräch mit Dr. Ralph Pfeiffer (Amprion) (<i>Präsentation, s. Anlage 1</i>)	
2 Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen	22
Bericht der Landesregierung Vorlage 18/279 (<i>nachträglich erschienen</i>)	
– mündlicher Bericht der Landesregierung	
– Wortbeiträge	

- 3 Vorgezogener Kohleausstieg 2030 und die Bekanntmachung der Landesregierung vom 4. Oktober 2022** **29**
- Wortbeiträge
- 4 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen** **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/280
- Wortbeiträge
- 5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtrags-
haushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)** **38**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/900
- Fragen
der SPD-Fraktion (s. Anlage 2)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/250
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 des Nachtragshaushalt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.
- 6 Einrichtung eines Unterausschusses „Bergbausicherheit“ gemäß § 48 Abs. 2 GOLT (Beschlussempfehlung [Tischvorlage, s. Anlage 3])** **41**
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zu.

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/900

Fragen
der SPD-Fraktion (s. Anlage 2)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/250

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Innenausschuss, den Ausschuss für Schule und Bildung, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 28.09.2022)

Der Ausschuss berate wie vereinbart erstmals und abschließend über den Einzelplan 14 des Nachtragshaushalts, so **Vorsitzender Dr. Robin Korte**. Er begrüße die vorab von der SPD-Fraktion schriftlich eingereichten Fragen und deren mit Vorlage 18/250 erfolgte Beantwortung. Dies könne die Debatte möglicherweise etwas abkürzen.

Laut der Antwort der Landesregierung zu der Frage seiner Fraktion bezüglich der 20 neuen Planstellen und den heutigen Äußerungen der Ministerin, so **André Stinka (SPD)**, solle ein ressortübergreifendes Energiekrisenmanagement aufgebaut werden. Er frage, ob es sich um ein neu einzurichtendes Gremium handle und welche Ressorts darin zusammengefasst würden.

Ihn interessiere zudem, ob das in der Vorlage erwähnte separate „Referat mit der entsprechenden Personalausstattung“ neben dem Krisenmanagement bestehen solle bzw. was die Landesregierung damit meine. Die SPD-Fraktion wundere sich insofern darüber, als Minister Pinkwart schon in der vergangenen Wahlperiode Maßnahmen eingeleitet habe, und frage, ob das schon vorhandene Referat möglicherweise ausgeweitet werde.

Der Vorlage zufolge sollten im Einzelplan 14 außerdem Stellen für Genehmigungsverfahren im Bereich der Energieinfrastruktur eingerichtet werden. Er wünsche sich Auskunft darüber, in welchen Bereichen diese platziert würden.

Dr. Christian Untrieser (CDU) begrüßt angesichts der zu erwartenden haushalterisch schwierigen Zeiten die im Nachtragshaushalt gesetzten Prioritäten in Richtung „Struktur-

wandel der Wirtschaft“ und „Klimaschutz“. Insofern empfehle er, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

Dietmar Brockes (FDP) merkt an, er halte es für mehr als bedenklich, dass die Landesregierung auf die Frage 3 der SPD hinsichtlich der Verausgabung der Mittel für Investitionen in den Klimaschutz zum aktuellen Zeitpunkt noch keine konkreten Angaben machen könne. Der Landtag werde damit aufgefordert, einen Blankoscheck auszustellen.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) betont, innerhalb der Landesregierung falle ihrem Ministerium die Verantwortung für die Bearbeitung einer möglichen Gasmangel-lage zu. Um dieser so gut wie möglich gerecht zu werden, brauche es zusätzliches Personal für die vorhandenen Strukturen. Das Team „Gaskrise“ erhalte Verstärkung für das Krisenmanagement und die Krisenvorsorge. Die Landesregierung wolle sich diesem Thema nicht nur in diesem Winter widmen, sondern auch längerfristig eine widerstandsfähige, krisenresistentere Energieinfrastruktur und Energieversorgung für Nordrhein-Westfalen aufbauen.

Bezüglich der von der FDP-Fraktion angesprochenen Verausgabung der Mittel für Investitionen in den Klimaschutz habe die Landesregierung mit der zielgenaueren Gestaltung der Förderrichtlinien von progres.nrw gute Vorarbeit geleistet. In Zusammenarbeit mit NRW.Energy4Climate würde nun deutlich gemacht, dass konkrete Programme für förderwürdige kleine und mittlere Unternehmen kommen müssten.

Die 200 Millionen Euro ermöglichten es jetzt, stärker diejenigen zu unterstützen, die sich längst auf dem Weg zur Klimaneutralität befänden. Dies betreffe die Wirtschaft in ihrer ganzen Breite, wie diese ohne Zutun des Staates den ökonomischen Nutzen der mittelfristig damit verbundenen geringeren Ausgaben für Energie erkenne. Aufgrund des externen Schocks durch den Ukrainekrieg gehe es dabei jedoch nicht, wie eigentlich gedacht, um einen planbaren Transformationsprozess, sondern darum, Disruptionen zu vermeiden.

André Stinka (SPD) äußert sein Unverständnis darüber, dass die Ministerin kurz vor der Einbringung des nächsten regulären Haushalts und acht Wochen vor Ende des Haushaltsjahres keine Angaben zur Verausgabung der Mittel aus dem Nachtragshaushalt – eine stolze Summe von 200 Millionen Euro – machen könne, zumal die Bedürfnisse und Nöte der KMU schon in der vorigen Sitzung thematisiert worden seien. Die Ministerin erwarte ihrem Bericht zufolge zudem eine Dynamik, könne jedoch keinen einzelnen Fall, keine Branche oder einen bestimmten Bereich der Transformation benennen, für die das Geld bestimmt sei.

Er würde auch gern wissen, welche Mittel bei progres.nrw genau aufgestockt würden.

Bezüglich der zweiten Frage der SPD zur Konkretisierung der Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 14 würden Mittel für die Beauftragung eines externen Dienstleisters mit der Abarbeitung von Coronaanträgen bis 2024 angeführt. Angesichts der anvisierten Dauer und neuer Fördertatbestände befürchte er einen Flaschenhals.

Er frage, ob die Antragsteller informiert werden müssten, dass sie nicht vor 2024 mit einem rechtsgültigen und endgültigen Bescheid rechnen sollten, wer dieser externe Dienstleister sei und ob es sich nicht lohne, stattdessen Stellen für die langfristige Antragsbearbeitung einzurichten.

Ministerin Mona Neubaur (MWIKE) betont, politische Verantwortungsträger hätten angesichts der dynamischen externen Bedingungen wenig Einfluss auf die aktuelle Situation. Im Falle eines extrem kalten Winters, eines dauerhaften Ausfalls der französischen Kernkraftwerke oder eines nicht rückläufigen Energieverbrauches, müsse andere Unterstützung geleistet werden als in einem anderen Szenario. Die Förderung der Klimaschutzinvestitionen müsse daher flexibel gestaltet werden und auf vorhandenen Strukturen aufsetzen.

Die im Nachtragshaushalt veranschlagten 200 Millionen Euro brächten die Sicherheit, Investitionen kleiner Unternehmer, wie zum Beispiel Bäckereien, für mehr Energieeffizienz oder eigene erneuerbare Energieerzeugung zielgenau unterstützen zu können.

Zur Bearbeitung der Anträge zu den Coronahilfen werde auf externe Dienstleister zurückgegriffen, weil kurzfristige Bearbeitungskompetenzen und Ressourcen benötigt würden, die in festen Stellen nicht so zielgenau erklärt werden könnten. Sicherlich werde die Antragsflut in den derzeitigen krisenhaften Zeiten steigen und nicht sinken. Derzeit werde überlegt, wie die NRW.BANK als zielgenau anpackende Förderbank noch stärker als bisher bei der Förderung und Unterstützung sowie der Abwicklung von Zahlungen eingesetzt werden könne.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 14 des Nachtragshaushalt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

